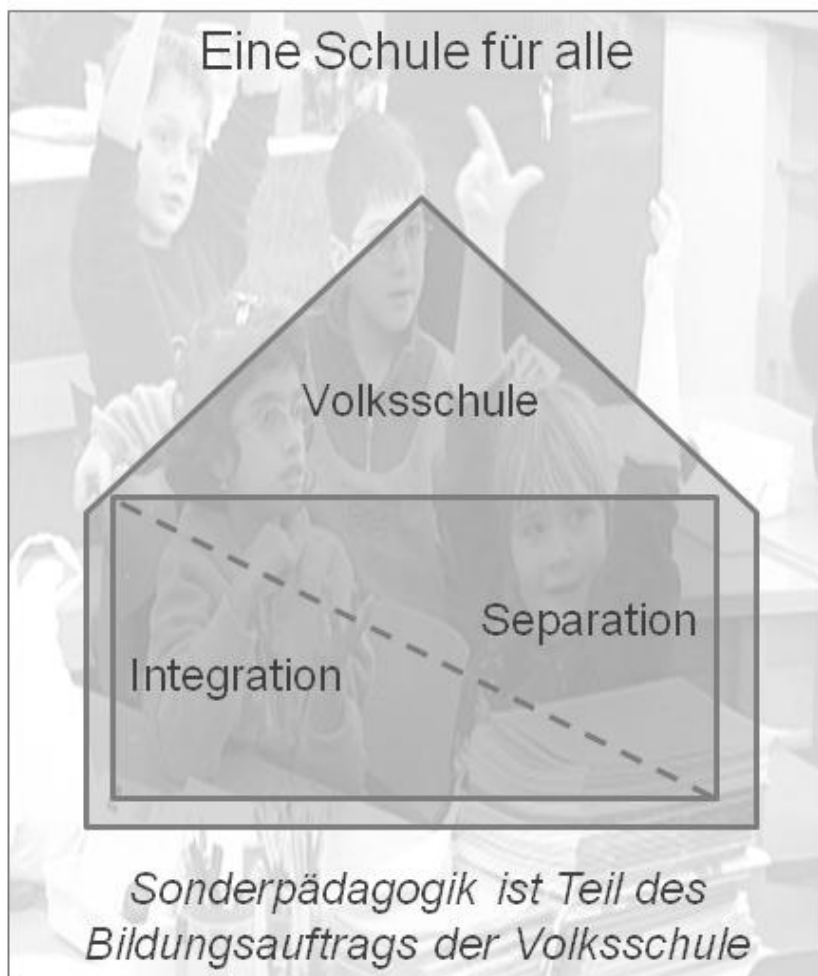


Jahresbericht 2010



Im Projekt „Kräfte bündeln“ entwarfen wir ein Zukunftsbild der Schule für alle

Inhalte

1	Vorwort des Präsidenten	3
2	Politische Themen.....	3
2.1	Neuer Finanzausgleich NFA	3
2.2	Psychische Behinderungen: Eine Lobbyorganisation schaffen	4
2.3	Öffentlicher Verkehr: Wo besteht Handlungsbedarf?.....	4
2.4	Trotz Wahlempfehlung keine Betroffenen im Grossen Rat	4
2.5	Ein kleiner Erfolg – der ZuD bleibt vorläufig	5
3	Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung	5
3.1	Kontakte mit Verwaltung, Behörden und Politik.....	5
3.2	Medienkontakte und Referate.....	5
3.3	Vernetzung mit Behindertenorganisationen.....	6
4	Interna.....	6
4.1	Zusammenarbeit mit den Mitgliederorganisationen	6
4.2	Vorstand.....	6
5	Dank	6
5.1	Mitarbeit	6
5.2	Finanzielle Unterstützung	7
5.3	Zusammenarbeitspartner.....	7

1 Vorwort des Präsidenten

Ist die kbk auf dem Weg? Ich habe unsere 3-Jahres-Ziele konsultiert, das Leitbild und den ausführlichen Jahresbericht 2010 unserer Geschäftsleiterin. Es geht voran, langsam aber stetig. Das Tagesgeschäft beschäftigt uns mit unzähligen Details und unvermeidlichem Verwaltungs- und Organisationskram. Darum dünkt mich wichtig, die grossen Linien nicht aus dem Sinn zu verlieren:

Wir kennen die Geschichte vom „Goldenen Kalb“, welchem das jüdische Volk durch den langen Trek beim Auszug aus Aegypten zu huldigen begann, während Moses auf dem Berg Sinai die 10 Gebote Gottes auf seine Tontafeln übertrug. Ist das bloss eine alte Geschichte?

Wenn ich mir die fremd bestimmten Defizite vergegenwärtige, die Behinderte (aber auch Kranke und Alte) in ihrem Alltag beklagen, dann dünkt mich, wir könnten den Utilitarismus (Nützlichkeitsdenken) und den aus ihm hervorgehenden Massstab Namens „Geld“ als heutigen Götzen bezeichnen, denn zentrale Fragen sind: „Was nützt es“?, „Was bringt es ein?“, „Was kostet es“? und „Was können wir einsparen?“ Vor diesem Hintergrund findet unser aller Leben statt: Wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich und familiär. Und: Unser Wert und Ansehen steigt, je höher der Nutzen und der Profit unserer Arbeit ausfällt. Gekrönt aber werden wir, wenn unsere Ergebnisse steigen und die zugehörigen Kosten kontinuierlich sinken.

Mit diesen Wertmassstäben haben Alte, Kranke und Behinderte wenig Chancen, gesellschaftlich geachtet, wertgeschätzt, respektiert, für voll und gleichberechtigt genommen zu werden. Aber gerade das ist es, was diese grosse Gruppe unserer Gesellschaft sich wünscht und zunehmend auch einfordert, wider Almosen, Barmherzigkeit oder Mitleid: **Achtung und Wertschätzung, Respekt, Partnerschaft, Gleichstellung und Teilhabe!**

Wenn ich mir die letzten 40 Jahre vergegenwärtige, dann sind wir in der Behindertenpolitik inhaltlich und strukturell voran gekommen. Haben sich damit auch die Einstellungen den Behinderten gegenüber geändert? Der Zweifler schweigt. Eines bin ich mir sicher: Es geht letztlich um diese Haltungen und Einstellungen, um das, was in den Köpfen steckt, stecken geblieben ist. Hier einen Wandel zu erreichen, dafür müssen wir uns gemeinsam anstrengen! Neue Bilder in alte Köpfe! Wir brauchen die Stimme aller! Es wird uns Mühe bereiten. Es muss uns der Mühe wert sein! Dafür danke ich.

Kurt W. Meier, Präsident kbk

2 Politische Themen

2.1 Neuer Finanzausgleich NFA

Erwachsene mit Behinderung: Das Behindertenkonzept liegt vor

In der ersten Jahreshälfte arbeitete die Gesundheits- und Fürsorgedirektion schwergewichtig am Konzept zur Förderung der Selbstbestimmung und der gesellschaftlichen Teilhabe von erwachsenen Menschen mit einer Behinderung (=Behindertenkonzept). Die Begleitgruppe diskutierte die Entwürfe und im Sommer wurde das Konzept in die Anhörung gegeben. Das innovative Behindertenkonzept weist in die richtige Richtung. Wir forderten in unserer Antwort, dass das Konzept in seinen zentralen Punkten, ohne Diskriminierung von einzelnen Behinderungsformen und möglichst pragmatisch umgesetzt wird. Die abgestimmte Stellungnahme nahm die Verwaltung als starkes Signal der kbk wahr. Inzwischen hat der Regierungsrat das Konzept genehmigt und beim Bundesrat eingereicht.

Der Kanton Bern und die beiden Basel beauftragten Ende letzten Jahres die Beratungsfirma Brains mit der Entwicklung eines Abklärungsverfahrens. Eine Fachgruppe bestehend aus Betroffenen, Verwaltungsmitarbeitenden und Fachleuten aus Institutionen unterstützt mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung die Entwicklungsarbeiten. Die breite Abstützung soll ein Abklärungsverfahren gewährleisten, das die unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigt. Brains treibt die Arbeiten mit grosser Sorgfalt und viel Respekt für die Aufgabe voran.

Schliesslich schuf der Grosse Rat im Rahmen der Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) die gesetzlichen Grundlagen für die Subjektfinanzierung.

Sonderpädagogik: Als erstes eine Gesamtsicht erstellen

Die Sonderpädagogik soll Teil des Bildungsauftrags der Volksschule sein. Diese Forderung ist Teil der Position, die sich die kbk im vergangenen Jahr mit dem Projekt "Kräfte bündeln" erarbeitete - gemeinsam mit VertreterInnen aus Sonder- und Regelschule, Eltern und Betroffenen. An drei Veranstaltungen setzten sich die Teilnehmenden mit der Integration von Kindern mit Behinderung in die Regelschule auseinander. In der intensiven Auseinandersetzung wurde klar, wie komplex diese Frage ist und wie unterschiedlich die Interessen der Beteiligten sind. Grundsätzlich ist jedoch die Forderung einer Schule für alle unbestritten.

Im September informierten die beiden Regierungsräte Pulver und Perrenoud über die Strategie Sonderschulung 2010-2015. Diese verfolgt das Ziel, eine Gesamtsicht der Sonderpädagogik herzustellen. Mit Befriedigung nahmen wir Kenntnis davon, dass das Thema endlich angegangen wird. Allerdings hätten wir uns ein offensiveres Vorgehen gewünscht. Die Vertreterinnen der kbk in der Begleitgruppe werden sich dezidiert für die Interessen der Direktbetroffenen einsetzen. Die Sonderpädagogik soll möglichst rasch Teil des Bildungsauftrags der Volksschule werden. Die Resultate des Projekts „Kräfte bündeln“ bilden eine wichtige Grundlage für unser Mitwirken bei der Umsetzung der Strategie Sonderschule 2010-2015.

2.2 Psychische Behinderungen: Eine Lobbyorganisation schaffen

Welcher politische Handlungsbedarf besteht im Bereich psychische Behinderung? An einem Workshop der kbk befassten sich Betroffene, Angehörige und Fachleute intensiv mit dieser Fragestellung. Martin Rumpf Projektleiter der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF) informierte uns zum Einstieg über die Ausrichtung der Psychiatrieplanung und präsentierte seine Thesen zum politischen Handlungsbedarf: Obwohl psychische Leiden ein relevantes gesundheits- und sozialpolitisches Problem sei, fehle es an politischer Resonanz bzw. am politischen Willen, Veränderungen gezielt voranzutreiben. Die Diskussion in Untergruppen machte klar, dass vermehrtes politisches Lobbying zentral ist. Nur so gelinge es, bedarfsgerechtere und patientenorientierte Versorgungsstrukturen aufzubauen. In einem nächsten Workshop anfangs 2011 wird der Auftrag einer Lobbyorganisation „Psychische Gesundheit“ konkretisiert und Ideen für die Finanzierung einer solchen Organisation generiert.

2.3 Öffentlicher Verkehr: Wo besteht Handlungsbedarf?

Die AG öffentlicher Verkehr hat sich anfangs 2010 konstituiert und arbeitet derzeit an einer Situationsanalyse. Sie will eruieren, was ohnehin gesetzlich geregelt ist, wo systematisch eingespielte Kontrollverfahren, wie beispielsweise Plangenehmigungsverfahren, wirken und in welchen Bereichen Handlungsbedarf für die AG besteht. Nachdem die IG Realmobil mit der Forderung nach der freien Wahl zwischen öffentlichem Verkehr und Behindertenfahrdienst in den Medien zitiert wurde, suchte die kbk das Gespräch mit der Interessengemeinschaft. Wir wollen verhindern, dass mit dieser Forderung der Ausbau des behindertengerechten öffentlichen Verkehrs unterlaufen wird. Im Gespräch zeigte sich allerdings, dass in diesem Punkt keine Differenzen bestehen.

Zusätzlich nahm Marc Fehlmann an den Begleitgruppensitzungen zur Zukunft des Bahnhofs Bern ZBB teil. Systematisch werden wir zu den verschiedenen Konsultationen des Amtes für öffentlichen Verkehr eingeladen. In der Fachkonsultation zum Nachtangebot forderten wir, dass dieses behindertengerecht ausgestaltet wird und dass die Begleiterkarte akzeptiert wird. Letzterem wurde leider nicht statt gegeben. Marc Fehlmann bearbeitete zudem verschiedene Anfragen zur Zugänglichkeit des öffentlichen Verkehrs.

2.4 Trotz Wahlempfehlung keine Betroffenen im Grossen Rat

Die kbk empfahl 24 Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl in den Grossen Rat - nämlich Behinderte, deren Angehörige und Kandidierende, die sich beruflich oder ehrenamtlich für die Rechte von

Menschen mit Behinderung einsetzen. 15 davon wurden gewählt, aber leider schaffte keine Person mit einer Behinderung die Wahl. Deshalb arbeitete die Geschäftsleiterin gemeinsam mit dem Vorstand, ein Vorgehen aus, wie Betroffene frühzeitig gefördert werden können, damit sie besser Wahlchancen haben. Im 2011 wird die kbk dafür Kontakt mit den politischen Parteien aufnehmen und geeignete Betroffene suchen.

2.5 Ein kleiner Erfolg – der ZuD bleibt vorläufig

Im vergangenen Jahr erarbeiteten wir eine Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Sozialhilfegesetzes. Wir wehrten uns erfolgreich gegen die Aufhebung des Zuschusses nach Dekret ZuD. Dieser ermöglicht oft auf unbürokratische Weise, dass Menschen mit einer Behinderung selbstbestimmter leben können. Die Regierung und der Grosse Rat folgten unserer Argumentation und behielten den ZuD vorläufig bei.

3 Lobbying, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

3.1 Kontakte mit Verwaltung, Behörden und Politik

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, ist die Vernetzung mit Behörden, Verwaltung, Politik und Verbänden unabdingbar. Unsere politischen Themen bildeten Gegenstand von zahlreichen informellen Treffen und offiziellen Meetings mit BehördenvertreterInnen und politischen VerantwortungsträgerInnen. Bereits Tradition ist die **Zusammenkunft mit Regierungsrat Philippe Perrenoud** und seinen Mitarbeitenden.

Im Hinblick auf die Behandlung des FILAG in der Novembersession informierte die kbk die Fraktionspräsidentinnen der SP und der Grünen über die **Bedeutung der Subjektfinanzierung**. Wir leisteten damit einen wesentlichen Beitrag für eine differenzierte und sachliche Diskussion.

Der Vorstand trifft sich regelmässig mit dem Alters- und Behindertenamt (ALBA), um gemeinsame Themen vertieft diskutieren zu können. Ein Schwerpunkt bildete im vergangenen Jahr die Sonderpädagogik. Zusätzlich wiesen wir das ALBA daraufhin, dass es seit dem Inkrafttreten des NFA Schwierigkeiten bei der **Finanzierung von Logopädie** für erwachsene Gehörlose gibt. Diese Thematik soll im Rahmen der Projektarbeiten zum Behindertenkonzept vertieft werden.

Bei der Abteilung für Prämienverbilligungen intervenierten wir, weil EmpfängerInnen einer **Hilflosenentschädigung** aufgrund der Art, wie die Steuerdaten erfasst werden, die **Prämienverbilligung verweigert** wurde. Leider lässt sich die Erfassung der Steuerdaten nicht anpassen. Darum definierten wir gemeinsam mit der Abteilung für Prämienverbilligung verschiedene Massnahmen, wie die Information der Betroffenen verbessert werden kann. Damit die Prämienverbilligung möglichst einfach eingefordert werden kann, stellt die Abteilung für Prämienverbilligung ein Formular zur Verfügung.

Ende Jahr wehrte sich die kbk mit einem Schreiben ans ALBA gegen die Erhöhung der **Kostgeldbeiträge in Kinder- und Jugendinstitutionen**. Die kbk ist der Meinung, dass Eltern wegen diesen Kostgeldbeiträgen nicht übermässig belastet werden dürfen. Zumindest sollte ein abgestufter Beitrag eingeführt werden, welcher die finanzielle Leistungsfähigkeit der Familie berücksichtigt. Es geht nicht an, dass der Staatshaushalt mit Spendengeldern saniert wird.

3.2 Medienkontakte und Referate

In zwei Pflegestudiengängen HF in Thun sensibilisierte die Geschäftsleiterin die Studierenden für das Gleichstellungs- und Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung. Die Studierenden arbeiteten aktiv mit und setzten sich ernsthaft mit dem Thema auseinander. Der Unterricht war eine anregende Erfahrung.

Der VPOD beschäftigte sich im Anschluss an die Anhörung zum Behindertenkonzept und im Hinblick auf die Debatte im Grossen Rat intensiv mit der Subjektfinanzierung und lud die kbk an ihre Delegiertenversammlung ein. So erhielten wir die Gelegenheit darzulegen, was die Subjektfinanzierung für die Wahlfreiheit und das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderung bedeutet.

Mit einer Medienmitteilung informierten wir im Februar die Medien über unsere Wahlempfehlung. Die Geschäftsleiterin beantwortete während des Jahres einzelne Medienanfragen und stellte diesen neu die kbk-Informationen zu. So hoffen wir vermehrt, als kompetente Stimme wahrgenommen zu werden.

3.3 Vernetzung mit Behindertenorganisationen

Die kantonalen Behindertenkonferenzen und ähnliche Zusammenschlüsse aus der deutsch- und italienischsprachigen Schweiz trafen sich zwei Mal zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch. Im Frühling stellte die Fachstelle Egalité Handicap den Bericht zu 5 Jahre Behindertengleichstellungsgesetz BehiG vor: Das BehiG ist zwar ein wichtiges Instrument für die Förderung der Gleichstellung, jedoch ist es zu wenig bekannt und hat insbesondere im privaten Bereich Lücken.

Intensiv diskutierten wir, wie die Zusammenarbeit zwischen der nationalen Ebene – v.a. der Dachorganisationenkonferenz der Behindertenorganisationen DOK – und den kantonalen Konferenzen verbessert werden kann. Ein erster Schritt wurde gemacht, indem neu eine Vertretung der DOK an unseren Sitzungen teilnimmt.

4 Interna

4.1 Zusammenarbeit mit den Mitgliederorganisationen

Drei Mitgliederversammlungen waren je einem Thema bzw. einem Gast gewidmet. Im März diskutierten wir mit zwei Kommunikationsfachfrauen über die Plakatkampagne des BSV, im Juni informierte uns Georges Pestalozzi über die 6. IVG-Revision und im September stand uns Herr Regierungspräsident Philippe Perrenoud Red und Antwort. Wie gewohnt informierte der Vorstand über die Aktivitäten der kbk und im November wählten die Mitglieder Kurt Meier zum neuen Präsidenten. Im Verlaufe des Jahres nahm die Mitgliederversammlung drei neue Mitglieder auf. Namentlich sind dies der Besuchsdienst Kanton Bern, elpos Bern Oberwallis Deutschfreiburg sowie Margret Kiener Nellen. Auf Ende Jahr ausgetreten ist die IG Interessengruppe der freiberuflich tätigen Heilpädagogischen FrüherzieherInnen Kanton Bern.

Die Zusammenarbeitssitzungen der Behindertenkonferenzen im Kanton Bern dienen hauptsächlich dem Informationsaustausch. Daneben initiierte die Geschäftsleiterin in den beiden Regionen Berner Oberland und Emmental/Oberaargau eine erste Vernetzungssitzung. Die Teilnehmenden im Berner Oberland entschieden sich, in einem ersten Schritt eine Adressliste mit den für die Behindertenpolitik relevanten AkteurInnen aufzubauen. Damit soll eine bessere Vernetzung und eine Bündelung der Ressourcen ermöglicht werden. In der Region Emmental / Oberaargau wird der Versuch gestartet, eine IG Behindertenpolitik aufzubauen.

Mit regelmässigen Rundmails informierte die Geschäftsleiterin die Mitgliederorganisationen über sozialpolitische und gleichstellungsrelevante Entscheide, Grundlagen, Ereignisse und Veranstaltungen auf kantonal, nationaler und internationaler Ebene. Die Rundmails erschienen 20 Mal.

4.2 Vorstand

Der Vorstand traf sich zu acht Sitzungen und zwei halbtägigen Workshops. Schwerpunkt bildeten selbstverständlich die politischen Themen. Weiter verteilte er die Verantwortung für die einzelnen Aufgabenbereiche im Vorstand neu, passte das Geschäftsreglement an und diskutierte, wie die Öffentlichkeitsarbeit der kbk gestärkt werden kann. Um sich das notwendige Fachwissen zu beschaffen, wird dafür im 2011 eine externe Beratung beigezogen. Zusätzlich bereitete der Vorstand im vergangenen Jahr vier Mitgliederversammlungen vor.

5 Dank

5.1 Mitarbeit

Der Vorstand und die Geschäftsleitung bedanken sich bei all den engagierten Menschen und den Organisationen, die einen Teil ihrer Zeit und ihres Fachwissen der kbk widmeten. Ohne dieses grosse

Engagement könnte die kbk niemals alle genannten behindertenpolitischen Themen abdecken. Namentlich erwähnen möchten wir all diejenigen, die in einer Arbeitsgruppe oder im Vorstand mitarbeiteten.

- *Co-Präsidium* (bis November 2010): Barbara Aeschbacher, Hans Sieber, Josef Stadelmann
- *Vorstand*: Co-Präsidium, Lukas Hohl, Kurt Meier, Simon Ryser
- *VertreterInnen der kbk in den NFA-Begleit- und Arbeitsgruppen der GEF*: Yvonne Brütsch, Kurt Meier, Simon Ryser, Hans Sieber, Josef Stadelmann
- *AG Sonderpädagogik*: Barbara Aeschbacher, Kathrin Bodmer, Yvonne Brütsch, André Lüthi, Esther Moser, Simon Ryser, Fred Pauli, Beatrice Wermuth
- *AG öffentlicher Verkehr*: Pierre Channez, Marc Fehlmann (Leitung), Daniel Nadig, Anton Scheidegger

Ein besonderer Dank gebührt den Diskussionsteilnehmenden und Referierenden, die mit ihren Impulsen unsere Mitgliederversammlungen bereicherten. Namentlich sind dies: Eva Aeschmann Öffentlichkeitsarbeit Agile, Yvonne Obrecht, PR-Beraterin und Geschäftsleitung Werbeagentur Publix in Lyss, Georges Pestalozzi Leiter Rechtsdienst Integration Handicap, Regierungspräsident Philippe Perrenoud Gesundheits- und Fürsorgedirektor sowie Markus Loosli Amtsleiter ALBA. Speziell danken wir allen Mitwirkenden am Projekt „Kräfte bündeln“ und am Workshop „Psychische Behinderung – Politischer Handlungsbedarf im Kanton Bern?“

Ebenfalls dankend zu erwähnen ist der Früherziehungsdienst des Kantons Bern (FED), sein Mitarbeiter, Rolf Landolt, führte die Buchhaltung der kbk zuverlässig. Ein Dankeschön geht auch an die Pro Infirmis des Kantons Bern: Mitarbeitende des Brückenarbeitsplatzes führten verschiedene Versände durch und entlasteten so die Geschäftsleitung.

5.2 Finanzielle Unterstützung

Freiwillige Beiträge leisteten die Beratungs- und Rehabilitationsstelle für Sehbehinderte und Blinde des Kantons Bern BRSB sowie der Verband der sozialtherapeutischen und pädagogischen Kleininstitutionen im Kanton Bern SPIB. Vielen Dank!

5.3 Zusammenarbeitspartner

Danken möchten wir auch all unseren Zusammenarbeitspartnern. Besonders zu erwähnen sind die Mitarbeitenden der GEF, der Justiz-, Gemeinden- und Kirchendirektion (JGK) und der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE). Sie haben unseren Anliegen ein offenes Ohr geliehen, unsere Fragen beantwortet, uns wichtige Grundlagen für unsere Meinungsbildung geliefert und mitgeholfen Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen zu realisieren.

Ebenfalls bedanken wir uns bei unserem Unterleistungsvertragspartner Integration Handicap für die unkomplizierte Zusammenarbeit und für die Vertretung unserer Interessen gegenüber dem Bundesamt für Sozialversicherungen.

Yvonne Brütsch, Geschäftsleiterin
Burgdorf, im Februar 2011

Kantonale Behindertenkonferenz Bern kbk

Oberburgstrasse 21, 3400 Burgdorf
034 423 06 31, geschaeftsleitung@kbk.ch
www.kbk.ch, PC 30-441559-4